

GASTKOMMENTARE

Regulierung

Die UBS ist keine Feindin – und keine Heilige



Jamie Vrijhof-Droese

Unternehmerin, Referentin und Autorin

Zwei Jahre nach der Übernahme der CS durch die UBS steht nun im Mai ein wichtiger Schritt bevor: Der Bundesrat wird seine Vernehmlassungsvorlage zur künftigen Regulierung präsentieren. Im Raum steht etwa eine drastische Verschärfung der Eigenkapitalvorschriften.

Die Bilanzsumme der UBS ist rund doppelt so gross wie das gesamte Bruttoinlandprodukt der Schweiz. Das ist beachtlich – und verlangt nach einer soliden, griffigen Regulierung. Was jedoch in der öffentlichen Debatte auffallend fehlt, ist eine differenzierte Betrachtung des volkswirtschaftlichen Nutzens, den die UBS der Schweiz bringt. Stattdessen wird mit bemerkenswerter Leichtfertigkeit über einen möglichen Wegzug philosophiert.

Ja, Risiko gehört zum Bankgeschäft. Ohne kalkulierte Risiken gibt es keine Rendite. Eine vollständige Wegregulierung von Risiken ist weder realistisch noch wünschenswert. Vielmehr müssen wir uns fragen: Was steht für die Schweiz auf dem Spiel, sollte die UBS ihre Zelte hierzulande abbrechen?

An erster Stelle: Steuereinnahmen in Milliardenhöhe. Hinzu kommen Zehntausende Arbeitsplätze sowie über zweitausend Ausbildungsplätze. Auch die Einkommensteuern dieser Mitarbeitenden fliessen in die öffentlichen Kassen – zusätzlich zu den Unternehmenssteuern. Anders als viele internationale Firmen mit fragwürdiger Steuertransparenz leistet die UBS hier einen sichtbaren, gewichtigen Beitrag.

Ein Wegzug würde jedoch weit mehr kosten als nur Steuereinnahmen. Er würde auch den Verlust von hoch qualifiziertem Fachwissen, von Finanzierungs-Know-how und Innovationskraft bedeuten. Die UBS ist ein wichtiger Partner für Start-ups, für die Exportwirtschaft, für vermögende Kunden weltweit – und nicht zuletzt auch für viele unabhängige Vermögensverwalter in der Schweiz, die auf stabile Kooperationspartner angewiesen sind.

Ein leistungsfähiger Finanzplatz wirkt sich positiv auf die gesamte Volkswirtschaft aus. Firmen profitieren von tiefen Finanzierungskosten. Auch Hypotheken wären ohne die starke Präsenz internationaler Banken in der Schweiz deutlich teurer. Eine übertriebene Regulierung mit zu hohen Eigenkapitalanforderungen würde diese Vorteile schmälern – mit realen Konsequenzen für den Wirtschaftsstandort Schweiz und die breite Bevölkerung.

Die Schweiz gilt als führender Standort in der Vermögensverwaltung. Ein Rückzug der UBS wäre ein erheblicher Reputationsschaden. Das Vertrauen in den Finanzplatz würde Schaden nehmen, was auch kleinere Institute treffen würde. Die Signalwirkung auf internationale Firmen wäre fatal.

Natürlich darf die zentrale Rolle der UBS nicht bedeuten, dass man regulatorische Diskussionen unterlässt. Aber Regulierung muss zielgerichtet, nachvollziehbar und wirksam sein. Die CS ist nicht an mangelndem Eigenkapital gescheitert – sondern an Führungsversagen, überbordender Gier und mangelnder Integrität. Die Finma hat immer wieder gewarnt, aber nie durchgegriffen. Als es ernst wurde, blieben selbst bestehende Instrumente ungenutzt.

Die UBS hingegen hat ihre Kapitalbasis gestärkt und ihre Verlustabsorptionsfähigkeit ausgebaut – deutlich über das hinaus, was nach der Finanzkrise gefordert wurde. Während andere Länder mit der Umsetzung von Basel III noch warten, hat die Schweiz es, in ihrem vorauseilenden Gehorsam, bereits zu Jahresbeginn in Kraft gesetzt.

Was wir jetzt brauchen, ist ein nüchterner Blick auf Chancen und Risiken. Die UBS ist keine Feindin – und keine Heilige. Sie profitiert stark vom Standort Schweiz, ja. Aber sie leistet auch einen gewichtigen Beitrag zum Wohlstand dieses Landes. Wer das ausblendet, macht sich die Debatte zu einfach.

Jamie Vrijhof-Droese ist Managing Partner bei WHVP, einem Vermögensverwalter mit Fokus auf US-Kundinnen und -Kunden.

Donald Trump

Alles kühles Kalkül?



Reiner Eichenberger

Professor für Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg

«Ein Zollangriff allein auf China wäre wenig sinnvoll.»

trumpfen konnten. Selenski konnte die ukrainische Position preisen und Putin verdammen. Das Resultat war genau das erträumte: Selenski wurde dank des Vorfalles als praktisch zum Deal gezwungen angesehen. So konnte er den Schritt zu Friedensverhandlungen wagen – und das mit grossem Popularitätsgewinn statt -verlust.

Ist der Zollstreit nun auch Schaukampf? Was ist mit folgender Interpretation? Trump sieht drei grosse Probleme: Chinas Aufrüstung gefährdet die Macht der USA und den Weltfrieden, Chinas Protektionismus und Subventionitis stärkt den

Einfluss des Regimes auf Kosten des Volkes, und der Westen kann sein wirtschaftliches und militärisches Potenzial nicht entfalten – unter anderem wegen eigener Handelshemmnisse, Überregulierung und ineffektiver Klimapolitik.

In dieser Situation wäre ein Zollangriff allein auf China wenig sinnvoll. Es erschiene als direkte Aggression, die Xi Jinping relativ einfach durch Handel über andere Länder umgehen könnte. Da war ein weltweiter Zollangriff viel effektiver. Er brachte alle dazu, bei den USA um Freihandel zu betteln. Einzig für Xi mit seinen besonders hohen Handelsschranken und -volumen war es attraktiv, die Eskalation zu wählen. Das erlaubte Trump, mit den Zöllen noch nachzuziehen und China zu isolieren.

Jetzt fehlt nur noch ein Puzzleteil: China wird versuchen, die Zölle durch Dreieckshandel zu umgehen; in vielen Ländern freuen sich die Produzenten ja schon, dass sie von den Zöllen weniger getroffen werden als die US-Produzenten. Aber genau das wird Trump als Nächstes zu unterlaufen versuchen. So, wie die USA das Nichteinhalten von Sanktionen mit Sekundärsanktionen bestrafen, werden sie auch versuchen, die Profiteure ihrer Zölle gegen China zu zwingen, gegen China die gleichen Zölle wie die USA einzuführen. Das wird die Wirtschaft Chinas und so die Basis für die militärische Macht schwächen. Xi wird es aber freuen, denn endlich hat er einen Sündenbock für seine Wirtschaftsmisere und kann sich in Ruhe dem Machterhalt in China widmen.

Reiner Eichenberger ist regelmässig Kolumnist der Handelszeitung. Die in den Gastkolumnen vertretenen Ansichten können von jenen der Redaktion abweichen.

Zollhammer

Auf dem falschen Fuss erwischt



Boris Zürcher

Ökonom

«Die Schweiz empfindet die Zölle als Demütigung.»

Schweiz regelmässig über 10 Prozent des BIP. Auf der Liste der Länder, die hohe Bestände an US-Staatsanleihen halten, liegt die Schweiz zudem seit Jahren auf den vordersten Rängen.

Die hohe Exposition der Schweiz hätte uns eine Warnung sein können. Dies, zumal die USA erstmals in ihrer Geschichte mehr für die Bedienung ihrer Staatsschulden aufwenden als für Verteidigung und Sicherheit. Es ist für sie unverständlich, weshalb sie uns einen risikolosen Zins auf diese Anlagen zahlen sollen, der ein Mehrfaches höher liegt, als wir unseren Gläubigern gewähren.

Es ist richtig, dass sich die Schweiz jetzt in die Schlange der Bittsteller einreihet, um mit den USA einen Deal zu suchen. Wer das nicht tut, wird

vom sich neu formierenden Welthandels- und Finanzsystem ausgeschlossen. So wie jetzt China.

Eine stärkere Hinwendung zu China, wie das verschiedentlich gefordert wird, ist definitiv nicht ratsam. Die merkantilistische, staatskapitalistische Wirtschaftspolitik Chinas und die schon lange dauernde Externalisierung seiner wirtschaftlichen Ungleichgewichte auf das globale Handelssystem sind offensichtlich und nicht zu Unrecht der Hauptgrund für die Massnahmen der Trump-Administration.

Eine stärkere Hinwendung der Schweiz zu China könnte den angestrebten Deal mit den USA gefährden. Mit ihrem Freihandelsabkommen ist die Schweiz hier zusätzlich exponiert. China wird nämlich versucht sein, seine Überschüsse umzulenken, auch in die Schweiz. Nicht so sehr zur Absorption dieser Überschüsse, dafür ist unser Markt viel zu klein, sondern als Hub zur Weiterleitung in den europäischen Binnenmarkt. Dies birgt ein zusätzliches Potenzial für Konflikte, diesmal weniger für solche mit den USA, sondern mit unseren europäischen Nachbarn.

Die Schweiz muss erkennen, dass eine eigene Währung mit Verpflichtungen und Privilegien einhergeht. Die Privilegien konnten wir lange geniessen, während die Verpflichtungen nur nachrangig honoriert wurden. Dazu gehört, den Franken nicht künstlich zu schwächen.

Eine reale Aufwertung des Frankens, wie sie sich nun abzeichnet, dürfte eine wichtige Konzession sein, welche die Trump-Administration von der Schweiz erwartet. Diese Aufwertung wird uns schmerzen und, wenn sie zu schnell erfolgt, möglicherweise sogar rezessiv wirken. Die SNB wird kaum wie bisher üblich intervenieren können, ohne die Aufmerksamkeit der USA auf sich zu ziehen.

Und unsere privilegierten Beziehungen zu China, die der Schweiz lange dienlich waren, werden nun aber zunehmend zur Belastung.

Boris Zürcher war bis Ende 2024 Direktor für Arbeit beim Seco und ist neu regelmässig Gastautor der Handelszeitung.